

Stadtspitze liefert Vorlage zur Schulpolitik

Marcus Stölb



OB Klaus Jensen (SPD) und Bildungsdezernentin Angelika Birk (Die Grünen) haben am Dienstag die Vorlage des Stadtvorstands für das Schulentwicklungskonzept vorgestellt. Dessen Inhalt dürfte in einigen Stadtteilen wie Pfalzel, Biewer oder Ruwer für Aufatmen sorgen, doch sollen weiterhin mehrere Grundschulen geschlossen werden. Für die Egbert-Schule wird die Entscheidung auf 2015 vertagt, selbst ein Neubau scheint nun nicht mehr ausgeschlossen. Jensen appellierte an den Rat, die Vorlage "mutig zu beraten und zu entscheiden". Diese beschränke sich auch nicht auf Schulschließungen, sondern sehe allein bis 2018 Investitionen von rund 40 Millionen Euro vor. Birk sagte: "Wenn man nichts entscheidet, wird es teurer und nicht besser". Gemessen am Krämer-Mandau-Papier wurden merkliche Abstriche gemacht; offenbar ließ man sich in der Verwaltung von einigen Einwänden überzeugen.

TRIER. Wie das so ist, wenn man etwas einfordert und insgeheim doch nicht damit rechnet, dass es alsbald geliefert werden könnte: Als Klaus Jensen und Angelika Birk Ende vergangener Woche per Einladung zur Pressekonferenz wissen ließen, dass der Stadtvorstand nun endlich seine mit Spannung erwartete Vorlage für das Schulentwicklungskonzept präsentieren werde, schien es manchen Kommunalpolitikern schon wieder fast zu schnell zu gehen. Viel Zeit bleibt den Ratsmitgliedern tatsächlich nicht, um die insgesamt 21 Einzelschritte zu beraten, die der offizielle Entwurf für das städtische Schulentwicklungskonzept vorsieht – im März soll der Rat entscheiden. Zuvor wird es noch drei Beratungsrunden in den zuständigen Ausschüssen geben. Aber, so Jensen, es habe ja seit Monaten eine intensive Diskussion gegeben, deshalb dürfe nun niemand so tun, als habe er nicht genug Zeit und sei überrascht.

Einige Überraschungen enthält die Vorlage dann doch – zum Beispiel die, dass wesentliche Entscheidungen nicht vor 2015 getroffen werden sollen. Das sei "kein Weglaufen", so Jensen, sondern "rein sachlich begründet". Manche Optionen, die nun in den kommenden Jahren erneut überprüft und abgewogen werden, bedingen sich gegenseitig. Beispielsweise wenn es um die Zukunft der Egbert-Grundschule sowie der Kurfürst-Balduin-Realschule plus geht. Gutachter Wolf Krämer-Mandau hatte vorgeschlagen, Egbert- und Barbara-Grundschule im Robert-Schuman-Gebäude in der Kaiserstraße unterzubringen. Doch dazu wird es vorerst nicht kommen. Zunächst werde man noch einmal untersuchen, ob das Schuman-Gebäude für die Unterbringung einer Grundschule überhaupt taugt, kündigte Bürgermeisterin Angelika Birk am Dienstag an. Sollte dies nicht der Fall sein, schlägt der Stadtvorstand alternativ einen Neubau der Egbert-Grundschule an ihrem bisherigen Standort vor. Im Gegenzug würde dann aber die Grundschule in Olewig aufgegeben und mit Egbert fusioniert, so Birk weiter.

Doch das Schuman-Gebäude könnte auch für die Kurfürst-Balduin-Realschule plus benötigt werden. Bei der heftig umstrittenen Frage, ob die Trier-Wester Schule – wie von Krämer-Mandau vorgeschlagen – nach Ehrang umsiedeln soll, wollen Jensen und Birk in Abstimmung mit dem Land erst einmal schauen, wie sich die Anmeldezahlen an den Realschulen plus bis 2015 entwickeln werden. Sollte es so viele Schüler geben, dass die angedachte Zusammenlegung mit Ehrang keinen Sinn ergebe, sei denkbar, den Standort im Westen beizubehalten. Allerdings sollten dann nur die fünften und sechsten Klassen dort unterrichtet werden, die Klassenstufen 7 bis 10 würde die Verwaltung gerne in der Kaiserstraße unterbringen. Der Hintergrund: Am liebsten wäre es den Verantwortlichen im Rathaus, wenn in dem derzeitigen Balduin-Gebäude die beiden Trier-Wester Grundschulen Reichertsberg und Pallien zusammengelegt würden.

Grundschulen Martin, Quint und Kürenz sollen weichen

Denn in diesem Punkt ist sich der Stadtvorstand einig: Der marode Waschbetonbau am Reichertsberg soll aufgegeben und möglichst ein gemeinsamer Standort mit Pallien entwickelt werden. Weitere Grundschulen, die weichen sollen, sind Quint, Kürenz und Martin. Während die Quinter Schüler in einer erweiterten Ehranger Grundschule unterrichtet würden, möchte das Bildungsdezernat die Grundschüler der Innenstadt vornehmlich auf den Standort Ambrosius in Trier-Nord konzentrieren, der momentan aufwändig saniert und umgebaut wird. Ambrosius soll künftig vierzünftig sein. Ergänzend hierzu gäbe es noch die Ausonius-Grundschule in der Nähe des Paulusplatzes. Die Kürenzer Grundschule würde ebenso geschlossen, wie das sanierungsbedürftige Anwesen in Martin. Proteste scheinen hier programmiert, doch verweisen Birk und Jensen darauf, dass es darum gehe, die begrenzten finanziellen Mittel langfristig gezielter und effizienter einzusetzen. Wobei der OB auch Wert darauf legte, dass es nicht nur darum gehe, Geld einzusparen, sondern "die Qualität des schulischen Angebots" zu verbessern. Deshalb plane man bis 2018 Investitionen von rund 40 Millionen Euro.

Was der Stadtvorstand am gestrigen Montag einvernehmlich absegnete, erscheint auf den ersten Blick wie ein "Krämer-Mandau light". Anders als von dem externen Gutachter vorgeschlagen, soll es einige Fusionen nicht geben. So erklärten Birk und Jensen, dass man an den Standorten Zewen, Euren, Biewer und Pfalzel festhalten wolle. Bei nüchterner Betrachtung und neuerlicher Abwägung sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die zu erwartenden Kosteneinsparungen aufgrund der dann notwendigen Schülerverkehre und Sanierungen an einzelnen Standorten nicht so seien, dass sich die Zusammenlegungen rechtfertigen ließen. Darüber hinaus habe man auch die Bedeutung der Schulen für das Leben in den Stadtteilen in die Einzelentscheidungen einfließen lassen.

Auch auf der Tarforster Höhe will man nun Schülerverkehre vermeiden und schlägt den Ausbau von Triers jüngster Grundschule vor. Da diese ein Ganztagsangebot bekomme, habe die Stadt Anrecht auf die Finanzierung zusätzlicher Räume; einen entsprechenden Förderantrag werde man beim Land stellen. Mit den Worten "der Süden boomt" kommentierte Birk die Maßnahmen, die der Stadtvorstand für Heiligkreuz und Feyen vorschlägt: Beide Grundschulen sollen ebenso wie Tarforst so ausgebaut werden, dass sie dreizünftig geführt werden. Das würde auch bedeuten, dass es keinen Schülerpendlerverkehr von Feyen in die Matthias-Grundschule gäbe, wie es das Mandeau-Papier noch vorgesehen hatte.

Jensen: Der Stadtrat ist autonom

Was die weiterführenden Schulen anbelangt, sollen wesentliche Entscheidungen erst 2015 oder später fallen. Etwa im Hinblick auf den Standort Mäusheckerweg. Was die Gymnasien anbelangt, setzt Birk zuvorderst auf eine "stärkere Schülerlenkung". Soll heißen: Stadtkinder sollen Vorfahrt haben vor solchen aus dem Landkreis. Fast die Hälfte eines Jahrgangs strebt auf eines der städtischen Gymnasien, deren Kapazitäten denn auch längst erschöpft sind. In diesem Zusammenhang brachte Birk eine weitere Option ins Spiel: die zumindest teilweise Verlagerung von Berufsschulen in den Landkreis. Bisher konzentrierte sich nahezu alles auf die Stadt, das sei eher untypisch im Vergleich zu anderen Regionen.

Auf die Frage, wie viel Verhandlungsmasse die Vorlage für die nun anstehenden Beratungen lasse, erklärte Jensen: "Der Stadtrat ist autonom", aber er müsse jetzt entscheiden. Der OB weiter: Der Stadtvorstand habe geliefert, nun werde man alle Anstrengungen unternehmen, um auch die Fraktionen zu überzeugen. "Stillstand wäre ein ganz gefährlicher Rückschritt für unsere Stadt", warnte der OB, "das kann niemand verantworten". Und Birk ergänzte: "Wenn man nichts entscheidet, wird es teurer und nicht besser".

Keine Unterstützung kann die Stadtspitze von der Linksfraktion erwarten. Diese meldete sich gleich nach der Pressekonferenz mit einer Mitteilung zu Wort und sprach von einem "rein technokratischem Konzept, das Schulen schließen und Geld einsparen will, aber nicht aufzeigt, wie an Trierern Schulen bessere Bildung umgesetzt werden soll." Durch den Plan des Stadtvorstandes würden "größere Schulkomplexe geschaffen, in denen die Gefahr, dass einzelne Schüler untergehen, wachsen wird", warnte Fraktionschefin Katrin Werner am Dienstag. Bildung sei für sie "ein Menschenrecht, an dem nicht gespart werden darf".

von *Marcus Stölb*